



Ausgangspunkt für das entwicklungspolitische Handeln der Landesregierung ist das klare Bekenntnis zu den elementaren Werten der westlichen Verfassungen - zu Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Neuen Entwicklungspolitischen Schwerpunkte des Landes Nordrhein-Westfalen, die im Dezember 2019 vom Kabinett beschlossen worden sind, bekräftigen, dass Nordrhein-Westfalen in diesem Sinne mit seinen internationalen Partnern zusammenarbeitet. Leitgedanken der nordrhein-westfälischen Entwicklungspolitik sind dabei Subsidiarität und Selbstbestimmung. Die neuen Schwerpunkte stellen die entwicklungspolitische Arbeit der Landesregierung in den Kontext der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Neue Akzente werden vor allem durch die verstärkte Einbindung der Wirtschaft in die Entwicklungszusammenarbeit gesetzt. Die Privatwirtschaft ist ein wichtiger Partner, wenn es darum geht, Wissen zu vermitteln, Innovationen voranzubringen und Beschäftigungsperspektiven zu schaffen. Entwicklungspolitisches Engagement lebt vor allem aber auch von einer lebendigen, starken Zivilgesellschaft. Nordrhein-Westfalen verfügt hier über eine außerordentlich lebendige und vielfältige Landschaft. Die Landesregierung will daran mitwirken, dass dieses entwicklungspolitische Engagement zeitgemäß weiterentwickelt wird und auch gesellschaftliche Gruppen erreicht werden, die die internationalen Zusammenhänge unserer politischen und wirtschaftlichen Ordnung weniger im Blick haben.

Nordrhein-Westfalen pflegt vielfältige internationale Beziehungen und engagiert sich entwicklungspolitisch vor allem in Ländern und Regionen, denen es besonders verbunden ist. Angesichts ihrer begrenzten Ressourcen setzt die Landesregierung regionale Schwerpunkte. Seit 2007 ist Ghana das offizielle Partnerland von Nordrhein-Westfalen. Im Jahr 2021 soll das Partnerschaftsabkommen zwischen beiden Ländern erneuert werden.

In enger Kooperation mit dem Düsseldorfer Büro der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) realisiert die Landesregierung entwicklungspolitische Vorhaben in Ghana, unter anderem im Bereich Umwelt- und Ressourcenschutz. Seit 2019 sind die gemeinsamen Projekte mit der GIZ auf den neuen Schwerpunkt „nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“ ausgerichtet. Zudem unterstützt die Landesregierung die Modernisierung des Fachhochschulsektors in Ghana und die bessere Vernetzung zwischen Hochschulen und Wirtschaft.

Seit 2017 findet ein Verwaltungsaustausch zwischen Ghana und Nordrhein-Westfalen statt; seit 2019 fördert das Land zusätzlich einen kommunalen Fachaustausch, der darauf abzielt, bestehende Kooperationen zwischen Städten und Gemeinden in beiden Ländern zu stärken und neue Partnerschaften zu unterstützen.

Zivilgesellschaftliches Engagement prägt die Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana ganz maßgeblich, zu nennen sind vor allem das Ghana Forum als Verein der in Ghana engagierten zivilgesellschaftlichen Akteure und der Ghana Council als Zusammenschluss

NORDRHEIN-WESTFALEN

der Diaspora. Mit eigenen Förderprogrammen unterstützt die Landesregierung Vorhaben von Initiativen in Ghana und weiteren Ländern, zum Beispiel über den „Konkreten Friedensdienst“, das „Promotorenprogramm“ und das „Auslandsprogramm“. Weitere Informationen zur Länderpartnerschaft mit Ghana.

Der Konkrete Friedensdienst ist ein Förderprogramm für junge Erwachsene aus Nordrhein-Westfalen. Das Programm bietet für vielfältige Projekteinsätze, die zwischen 25 Tage und zwölf Wochen dauern, einen Reisekostenzuschuss. Die Teilnehmenden planen ihre Auslandsaufenthalte in eigener Regie und kooperieren gleichberechtigt mit Organisationen in den Ländern des Südens. Darüber hinaus bestehen im Rahmen des Konkreten Friedensdienstes Kooperationen, die es jungen Berufstätigen wie z.B. Handwerkerinnen und Handwerkern oder Auszubildenden aus Pflegeberufen ermöglicht, an einem Projekt im Ausland teilzunehmen. Ein wechselseitiger Austausch zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure des globalen Südens ist darüber hinaus ein fester Bestandteil des Konkreten Friedensdienstes.

Mit dem Programm zur Förderung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit (EPIB) unterstützt das Land die entwicklungspolitische Bildungsarbeit nordrhein-westfälischer Eine-Welt-Gruppen und Nichtregierungsorganisationen. Ziel ist es, bei den Menschen in Nordrhein-Westfalen ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu schaffen, das Wissen über die Situation in Ländern des globalen Südens zu verbreitern, Fremdenfeindlichkeit vorzubeugen und bei den Bürgerinnen und Bürgern die Bereitschaft zu wecken, einen eigenen Beitrag zu einer gerechten globalen Entwicklung zu leisten.

Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit wird von der Landesregierung außerdem durch das Promotorenprogramm, das eine „Grundversorgung“ der Zivilgesellschaft mit Expertise in diesem Bereich sichert, unterstützt. Das Programm wird von Eine-Welt-Organisationen in ganz Nordrhein-Westfalen umgesetzt; Träger sind das Eine Welt Netz NRW und Engagement Global, Außenstelle Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf). Weiterführende Informationen befinden sich unter: einewelt-promotorinnen.de.

Entsprechend der entwicklungspolitischen Schwerpunkte des Landes Nordrhein-Westfalen wird auch die kommunale Entwicklungszusammenarbeit gefördert. Kommunen können für Entwicklungspartnerschaften einen sehr konkreten und wesentlichen Beitrag leisten - etwa, wenn es um die Sensibilisierung für entwicklungspolitische und internationale Zusammenhänge geht, oder darum, dass sich lokales Handeln auch auf die globale Welt auswirkt und die Globalisierung umgekehrt wieder auf die lokale Ebene wirkt. Kommunale Entwicklungspartnerschaften bauen hier eine wichtige Brücke zwischen den Menschen in Nordrhein-Westfalen und denjenigen in den Partnerkommunen.

Mit ihrem Auslandsprogramm fördert die Landesregierung entwick-

lungspolitische Projekte von Nichtregierungsorganisationen aus Nordrhein-Westfalen. Das Programm unterstützt Eine-Welt-Initiativen, Vereine, Migrantenorganisationen, kirchliche Gruppen und andere, die sich in Kooperation mit Partnerorganisationen im Globalen Süden dafür einsetzen, die Lebensbedingungen vor Ort nachhaltig zu verbessern. Schwerpunkte des Programms sind Bildung, Gesundheit, ökologische Nachhaltigkeit sowie nachhaltiges Wirtschaften und die Schaffung von Arbeit.

Im Kontext der weltweiten Fluchtbewegungen engagiert sich das Land Nordrhein-Westfalen außerdem verstärkt in der Region des Nahen Ostens - vor allem in Jordanien. Um die Lebensbedingungen der Flüchtlinge und der jordanischen Bevölkerung zu verbessern, werden Projekte in verschiedenen Bereichen umgesetzt.

Mit Zuschüssen unterstützt Nordrhein-Westfalen ein Kurzzeitstipendium für junge Menschen aus Israel, den Palästinensischen Gebieten und Jordanien sowie den trilateralen Masterstudiengang „European Studies“ an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Mit 23 Organisationen der Vereinten Nationen (VN) und rund 170 international tätigen Nichtregierungsorganisationen ist die Bundesstadt Bonn der wichtigste VN-Standort und inzwischen das Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Darüber hinaus arbeiten zahlreiche Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, Wissenschafts- und Wirtschaftsinstitutionen sowie Unternehmen unter dem Leitmotiv „Nachhaltigkeit gestalten“ hier gemeinsam an Lösungen für globale Zukunftsfragen des 21. Jahrhunderts.

Die Landesregierung fördert die Entwicklung des VN-Standesortes und das Profil Bonns als Kompetenzzentrum für internationale Politik und globale Nachhaltigkeitsstrategien in enger Kooperation mit dem Bund und der Stadt Bonn. Sie unterstützt z. B. die Ansiedlung neuer VN-Sekretariate und anderer internationaler Organisationen in Bonn. Nordrhein-Westfalen hat darüber hinaus ein Gaststaatgesetz zur Erleichterung der Ansiedlung internationaler Einrichtungen in Deutschland auf den Weg gebracht, das im Oktober 2019 vom Bundestag verabschiedet und im November 2019 vom Bundesrat beschlossen wurde. Die Landesregierung fördert außerdem die Durchführung von Veranstaltungen und weiteren Projekten am internationalen Standort Bonn, die dazu beitragen, den Austausch zu globalen Nachhaltigkeitsfragen voranzutreiben. Dazu gehören auch Bildungsveranstaltungen zur Umsetzung der Agenda 2030.